

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Bremen

DIE SENATSVERWALTUNG STELLT SICH VOR

Die Senatsverwaltung ist für alle Fragen der Wirtschafts-, Arbeits- und Hafenpolitik verantwortlich. Außerdem ist das Ressort oberste Luftfahrtbehörde. Die Behörde ist sowohl als Landesministerium unseres Zwei-Städte-Staats als auch als kommunale Verwaltung der Stadt Bremen tätig. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter koordinieren und steuern ferner die Arbeit des Hansestadt Bremischen Hafenamtes, des Amtes für Versorgung und Integration Bremen (AVIB) als nachgeordnete Behörden sowie der dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zugehörigen öffentlichen Gesellschaften wie der [WFB Wirtschaftsförderung Bremen](#), der Hafengesellschaft bremenports oder dem Flughafen Bremen.

Die Aufgaben der Abteilung Arbeit sind breit gefächert. Sie reichen von Fragen über die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik, des Arbeitsrechts bis hin zu den Aufgaben des Schwerbehindertenrechts und des sozialen Entschädigungsrechts. Auf kommunaler Ebene ist das Arbeitsressort zusammen mit der Agentur für Arbeit Träger des Jobcenter Bremens.

UNTERSTÜTZUNG IM RAHMEN DER AUSSENWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Ziel der Außenwirtschaftspolitik des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ist es, die ausländische Präsenz am Wirtschaftsstandort Bremen zu stärken und Klein- und Mittelbetriebe bei der Anbahnung von Auslandsaktivitäten zu unterstützen.

Ansprechpartner für die Außenwirtschaftsförderungsprogramme ist in Bremen die Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB) und in Bremerhaven die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH.

PRODUKTE, PUBLIKATIONEN UND ONLINE-ANGEBOTE

[Außenwirtschaft und Internationales](#) der Freien Hansestadt Bremen

[Außenwirtschaftsberatung in Bremen](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.